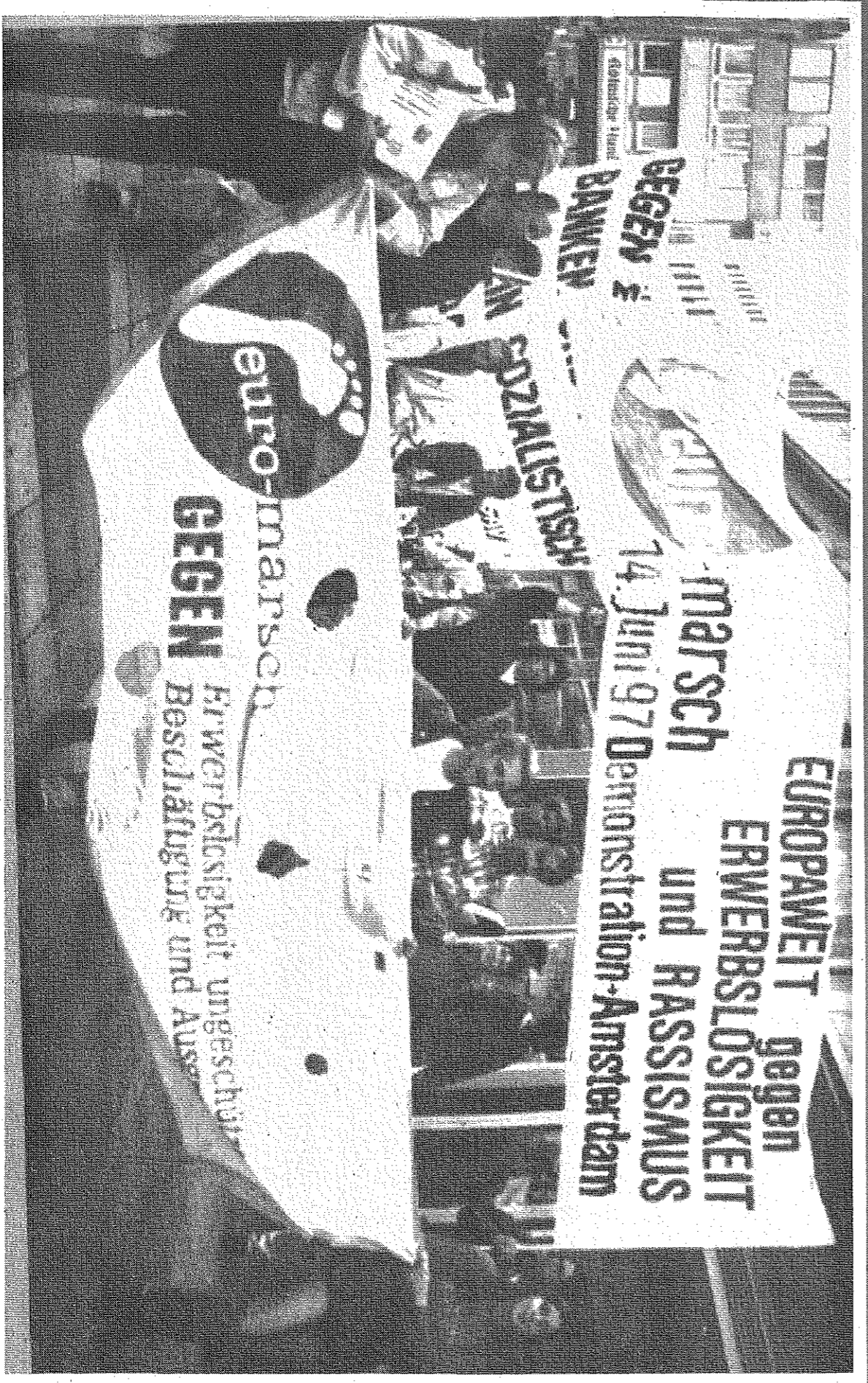


Nein zur Politik für Banken & Konzerne von CDU, FDP, SPD und Grünen

Neue Arbeiterpartei aufbauen!



SAW-Wahlprogramm 1998: ab Seite 3

Den Sozialabbau anders gestalten

Schröder steht für Kapitalinteressen



Schröder unter seinesgleichen (mit VW-Chef Piech) beim Wiener Opernball.

„Innovationsoffensive“, „Modernisierung von Staat und Gesellschaft“ sind Stichworte im Wahlprogramm der SPD. Worthülsen, wie sie auch in bei den anderen etablierten Parteien zu finden sind. Die SPD-Politik in Ländern und Kommunen unterscheidet sich heute nicht von der CDU. Was will sie daran an der Regierung ändern?

Angela Bankert, Köln

Obwohl die Reichen von Kohl reichlich bedacht wurden und kaum noch Steuern zahlen, will die SPD den Spitzensteuersatz senken. Lediglich die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden, und das nur auf private Vermögen, was für Unternehmer und Selbstständige leicht durch Umdeklarieren als betriebliches Vermögen zu umgehen ist.

Sozialpolitik

Da die Kassen also leer bleiben sollen, fallen auch die SPD-Versprechen im Sozialbereich kümmerlich aus: Rücknahme der Kürzung bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rücknahme der vor-

gesehenen Rentenkürzung auf 64 Prozent, mehr Kindergeld, leichte Steuerentlastung des Durchschnittshaushalts. Alle anderen Schwerepunkte wie Renten- und Gesundheitsreform blieben unangestastet. An vielen hat die SPD über den Bundesrat schließlich selbst mitgewirkt. Die wenigen Versprechen stehen unter Vorbehalt des „Kassensurzes“, als ob die SPD nicht wüßte, wie geschehenes Sozialabbau nur anders gestalten aber nicht annehmen. Das Wahlprogramm sagt klipp und klar: Nicht mehr alles, was wünschenswert ist, ist finanziell realisierbar. Ein verändertes Rahmenbedingungen anpassen.

Arbeit

Zum Thema Arbeitslosigkeit fällt die SPD an erster Stelle die Neuaufgabe des „Bundes für Arbeit“ ein. Schon das erste Bündnis dieser Art hat keinen Arbeitsplatz mehr gebracht, dafür aber Reallohnsenkung und Sozialabbau, schließlich das Sparpaket der Kohl-Regierung. Die Unter-

Niedergang der SPD

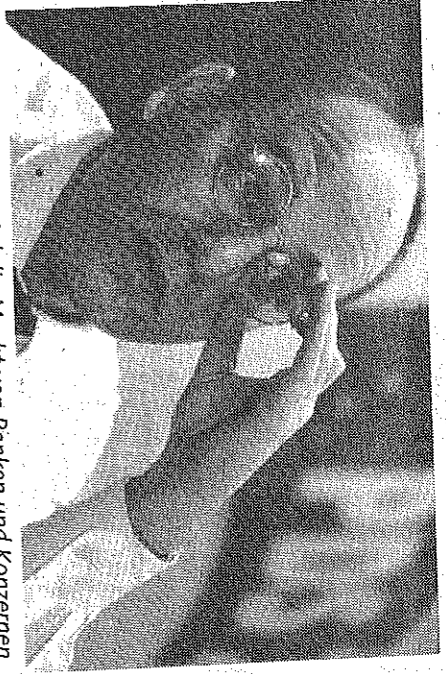
Was haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von einer SPD-geführten Regierung zu erwarten? „Modernisierung des Staates“. „Abbau überflüssiger Bürokratie“. Wie das aussieht, machen SPD-Länder und Kommunen vor: Flexibilisierung, Privatisierung, Stellenabbau, Verlängerung der Arbeitszeit. Und bei Tarifrunden im öffentlichen Dienst stellt die SPD schon heute die Verhandlungsführer für Länder und Gemeinden, die ebenso knallhart gegen die Beschäftigten auftreten wie SPD-Innenminister. Ein SPD-Innenminister wird dies nicht anders halten.

Georg Kümmel, Köln

Das Wahlprogramm der Grünen ist ein Programm der Widersprüche. „Die Bundesrepublik braucht eine neue, soziale und ökologische Politik“, heißt es richtig auf der ersten Seite. Das Programm fordert Verbesserung im Umweltschutz, Gesundheits- und Bildungswesen, für Frauen, Kinder, ältere Menschen, Eltern (u. a. 300 DM Kindergeld). Aber auf Seite 61 folgt die Ernüchterung: „Wir brauchen einen Kassensturz. Das schließt eine kritische Überprüfung der ausgabewirksamen Vorhaben dieses Programmes mit ein.“

Gewinner

Bei aller Verwirrung um die



Auch Gregor Gysi wird die Macht von Banken und Konzernen nicht brechen.

PDS-Programm 98: Kapitalismus „light“

Zwar ist PDS die einzige etablierte Partei, die die Übel der Marktwirtschaft anspricht und Forderungen im Interesse von ArbeiterInnen und Jugendlichen stellt. Aber ihr Wahlprogramm macht auch deutlich, daß die PDS nicht den Weg aufzeigt, wie die Forderungen durchzusetzen wären.

Björn Seidel, Berlin

Beispielsweise fordert die PDS zunächst „eine Politik neuer Vollbeschäftigung“, um dann doch nur noch „Hauptwege zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit“ vorzuschlagen. Diese seien „Konzentration der Wirtschaft und Strukturpolitik auf Beschäftigungssicherung, die gerechte Verteilung der Arbeit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zwischen Männern und Frauen durch Arbeitszeitverkürzung ohne Kaufkraftreduzierung, die Schaffung eines öffentlich geforderten Beschäftigungssektors.“

Wer jetzt weitergehend fragt: Von wem holen wir das Geld für die Wirtschafts- und Strukturpolitik? Wie entstehen 6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze? Was machen wir mit Unternehmen, die weiterhin hunderttausende Arbeitsplätze abbauen oder ihre Produktion verlagern? Wer bestimmt, was und wie es hergestellt wird? findet im PDS-Programm leider keine Antworten.

PDS in den Kommunen

„Die PDS ist – an ihrem praktischen kommunalen Wirken in den neuen Bundesländern nachprüfbar – in besonderem Maße eine Partei sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität.“ In Wirklichkeit betreibt die PDS dort, wo sie Regierungsverantwortung trägt, Privatisierung und Sozialabbau. So hat der PDS-Bürgermeister von Berlin-Marzahn als erster die Sparvorgaben der Landesregierung erfüllt, die Förderleistung privatisiert und den Beschäftigten drastische Lohnkürzungen besetzt. In Sachsen-Anhalt toleriert die PDS eine Sozialabbau-Regierung aus SPD und Grünen, die bei Bildung, Lehren und Klask keinen entschlossenen Kampf gegen Neonazis. Ein PDS-Jugendstadtrat etwa genehmigte der NPD in Berlin-Marzahn im Mai 98 eine Saalveranstaltung in einem öffentlichen Gebäude. Das PDS-Wahlprogramm entdeter mit den Sätzen „Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine neue Politik. Eine Politik wirklicher Veränderungen statt halbherziger Korrekturen. Die PDS will, die PDS wird dazu beitragen.“ Das Problem ist: wir brauchen nicht nur eine andere Politik, sondern eine andere Gesellschaft. Das PDS-Wahlprogramm ist weit davon entfernt, den Weg dorthin aufzuzeigen.

NOCH EIN WEG ZU EINER sozialistische Alternative

Das Programm der SAV zu den Bundestagswahlen 1998

16 Jahre Kohl

16 Jahre Kohl: Die Arbeitslosigkeit erreicht offiziell 5 Millionen. Während 85 Milliarden und 31.000 Millionen nicht wissen, wohn mit ihrem Geld, leben in Deutschland, einen der reichsten Länder der Welt, 5,5 Millionen Menschen in Armut.



2,7 Prozent der Haushalte verfügen über 2780 Milliarden DM Vermögen, das ist fast soviel wie Start blühender Landschaften gibt es in Ostdeutschland 9 Jahre nach der Wiedervereinigung eine industrielle Wüste. Bei gleichen Preisen wie im Westen liegen die Einkommen bei 70 Prozent. Mit staatlichen Subventionen haben die großen westdeutschen Konzerne und Banken Fabriken, Land und Immobilien gekauft. Aufgebläht haben sie nichts, sondern nur die deutsche Wirtschaft ausgeschlachtet.

Die rechte Regierung aus CDU-CSU und FDP hat im Auftrage der Konzernherren, Bankenvorstände und reichen Nichtsteuerer eine gigantische Umverteilung der Einkommen und Vermögen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und RentnerInnen organisiert.

Diese Gesellschaft funktioniert für die Interessen einer kleinen Minderheit. Die wirklichen Herrscher des Landes, die Vorstände der Deutschen Bank, von Daimler-Benz und BASF hat niemand gewählt.

Die Diebe aus Bonn, die im Auftrage der Konzernherren die arbeitenden und arbeitslosen Menschen ausplündern, müssen raus aus der Regierung. Am 27. September müssen CDU-CSU und FDP abgewählt werden.

Eine andere Politik mit der SPD?

Viele hoffen, daß es mit der SPD wenigstens ein bißchen besser wird. Doch das SPD-Programm „Innovationen für Deutschland“ geht in die gleiche Richtung wie das der Regierung Kohl: Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter, mehr Teilzeitarbeit, „Lohnbescheidenheit“, Senkung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener, staatliche Subventionen für Großkonzerne.

Die SPD will die Kürzung der Lohnfortzahlung rückgängig machen. Von der Rücknahme der anderen Verschlechterungen von 16 Jahren Kohl redet sie nicht. Das Kindergeld soll auf 250 DM pro Kind erhöht werden. Doch stellt die SPD alle Sozialleistungen unter einen „Finanzierungsvorbehalt“ und hält weitere Einschnitte für möglich, wenn die öffentlichen Finanzen knapp werden.

Gerhard Schröder stellt die CDU als unvernünftig dar. Er redet davon, die „neue Mitte“ zu vereinen. Doch es ist unmöglich, Arbeitsplätze zu schaffen und Sozialleistungen aufrecht zu erhalten, Bildung und Gesundheit für alle zur Verfügung zu stellen, ohne die Profite der Kapitalbesitzer anzutasten. Die „neue Mitte“ gibt es nicht, die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung - ArbeitnehmerInnen Arbeitslose, RentnerInnen und Jugendliche - sind denen der kleinen Minderheit der Reichen und Superreichen entgegengesetzt.

Die Praxis der SPD in den Ländern und Kommunen unterscheidet sich kaum von der CDU. Von der Zustimmung zu Renten- und Gesundheitsreform bis zum Abbau demokratischer Rechte wie Asylrecht und beim „Großen Lauschaugriff“ befand sich die SPD in einer inoffiziellen Großen Koalition. Die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft ist von der SPD maßgeblich vorangetrieben worden. Auch die SPD fordert in den neuen Bundesländern die Beibehaltung der niedrigen Löhne und Sozialleistungen.

In Großbritannien ist im Mai 1997 der Sozialdemokrat Tony Blair an die Macht gekommen.

2,7 Prozent der Haushalte verfügen über 2780 Milliarden DM Vermögen, das ist fast soviel wie das gesamte Sozialprodukt eines Jahres.

85 Milliarden besitzen mehr als 250 Milliarden DM Geldvermögen.

Gerhard Schröder: Das SPD-Wahlprogramm ist das „entschieden marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je vorgelegt hat.“
Jürgen Trittin (Grüne):
„Wenn man das Programm der Sozialdemokratie zu-Ende denkt, landet man beim Programm der Grünen.“

Seine Regierung hat dort weitergemacht, wo die verhalten Konservativen aufgehört hatten. Die Regierung Blair hat Keins der undemokratischen Anti-Gewerkschaftsgesetze der „Tonies“ zurückgenommen.

Stattdessen hat sie Studiengebühren eingeführt und plant jetzt, alleinerziehende Mütter für ihre Situation zu bestrafen und Sozialleistungen zu kürzen. Die ungeheure Erleichterung vieler Menschen, die „Tonies“ losgeworden zu sein, macht einer wachsenden Kapitalismus der Nachkriegszeit sind sozialdemokratische Regierung gewählt worden, weil die

ArbeitnehmerInnen merken, daß für sie nur etwas vom steigenden Reichtum abfällt, wenn sie dafür kämpfen. Die Sozialdemokraten haben auf Druck von unten Sozialleistungen und Bildungschancen für ArbeitnehmerInnen verbessert.

Der Spielraum für eine traditionell sozialdemokratische Reformpolitik im Kapitalismus ist jedoch seit dem Beginn der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung Mitte der siebziger Jahre geringer geworden. Die Sozialdemokratie ist nicht bereit, sich mit den wirtschaftlich Herrschenden anzulegen und Reformen im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Sie steht voll und ganz auf dem Boden der Marktwirtschaft. Ihre Funktionäre sind an das System angepasst und haben für sich gutbezahlte Posten gesichert. Die SPD ist heute keine Arbeiterpartei mehr. Ihre Basis in der ArbeitnehmerInnschaft bröckelt mehr und mehr. Sie ist eine Partei von Berufspolitikern und Karriereisten.

Wer heute die „Sachzwänge“ der Marktwirtschaft akzeptiert, landet dabei, die Politik der Bundes der Deutschen Industrie (BDI), der Arbeitgeberverbände und der Vorstände der Deutschen Bank, der Allianz-Versicherung, von Daimler, der BASF usw. durchzusetzen.

Auch die Grünen akzeptieren die marktwirtschaftlichen Sachzwänge, auch sie wollen den Spitzensteuersatz senken und bei öffentlichen Personalkosten und Sozialleistungen sparen. Ihre Praxis in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen-Anhalt zeigt, daß sie im Zweifelsfall den ganzen Weg mitgehen.

Verbesserungen im Interesse der Masse der Bevölkerung sind nur gegen eine zukunftsige SPD-geführte Regierung durchzusetzen. Deshalb muß eine neue Regierung vom ersten Tag an unter den Druck der Beschäftigten, Arbeitslosen und Studierenden gesetzt werden. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, diesen Druck zu organisieren. Nur wenn wir uns bewegen, können wir etwas erreichen. 1996 hatte die Kohl-Regierung die Kürzung der Lohnfortzahlung beschlossen. Doch die ArbeiterInnen der Automobilbetriebe haben die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in der Metallindustrie durch Streikaktionen verhindert.

In Frankreich war auch die „linke“ Regierung Jospin buchstäblich vom ersten Tag mit Protesten der ArbeiterInnen, Arbeitslosen und ImmigrantInnen konfrontiert und mußte Zugeständnisse machen.

Um eine Wende einzuleiten, ist jedoch eine neue Arbeiterpartei nötig. Eine Partei, die Gegenwehr organisiert, Alternativen anbietet und bereit ist, sich mit den Banken und Konzernen anzulegen und sie zu entmachten.

Zweitstimme für die PDS

Die PDS ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die einen sozialistischen Anspruch hat. Doch auch sie hat in den letzten Jahren einen deutlichen Rechtsruck vollzogen. Die PDS-Führung akzeptiert die Marktwirtschaft und bietet keine grundlegenden Alternativen dazu an. PDS-FührerInnen, wie Gysi oder Bisky haben längst ihren Frieden mit dem kapitalistischen System geschlossen.

In Sachsen-Anhalt hat die PDS die Minderheitsregierung von SPD und Grünen toleriert und dabei Sozialkürzungen und Arbeitszeit-



Dieter Janssen, 34 Jahre, Krankenpfleger, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und Betriebsrat, kandidiert Stuttgart als Direktkandidat der SAV.

„Im Gesundheitswesen und überall: die Arbeitssetze steigt, Stellen werden abgebaut. Ich trete für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Für den Bundestag kandidiere ich, um den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei voranzutreiben.“

1 Eurofighter kostet 170 Millionen DM, dafür könnte man 2800 Pflegekräfte ein Jahr lang beschäftigen oder 100 bis 150 Kindergärten bauen.

verlängerung für BeamtInnen zugestimmt. Der PDS-Bürgermeister in Berlin-Mahlzahn hat Privatierungen öffentlicher Dienstleistungen in seinem Stadteil durchgesetzt. Die 6.000 PDS-KommunalparlamentarierInnen in Ostdeutschland akzeptieren größtenteils die marktwirtschaftlichen „Sachzwänge“ anstatt den Kampf dagegen zu organisieren. Die PDS mobilisiert ihre Mitglieder und UnterstützerInnen nirgendwo konsequent gegen Sozialkürzungen, Arbeitsplatzabbau, Umweltschädigung oder Neonazis.

Die PDS bekommt sich nur formal zum Sozialismus. Die Lehren aus 40 Jahren Stalinismus in der DDR hat sie nie gezogen und nie ein Programm für eine wirkliche sozialistische Demokratie entwickelt. Vom wichtigsten Herrschaftsinstrument der herrschenden Bürokratie in der DDR ist sie zu einer angepaßten Partei im BRD-Kapitalismus geworden.

Trotzdem ist die PDS derzeit die einzige Partei, die eine Chance hat in den Bundestag einzuziehen, die zumindest in einigen Bereichen deutliche Reformforderungen, wie eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst stellt und Sozialabbau in ihrem Wahlprogramm ablehnt. Im Bundestag haben PDS-Abgeordnete im Gegensatz zu SPD- und Grünen-Vertreter die Gesetze und Maßnahmen der Kohl-Regierung fast alle abgelehnt und waren dadurch die einzige Oppositionspartei. Einige linke PDS-Abgeordnete haben ihre Position genutzt, um soziale Bewegungen zu unterstützen.

Die bürgerlichen Parteien greifen die PDS nicht aufgrund ihrer statistischen Vergangenheit an – schließlich hat die CDU die ganze DDR-Blockpartei CDU geschluckt und die SPD gemeinsame Papiere mit der SED verfasst –, sondern weil die PDS am ehesten den Unmut und die Unzufriedenheit der Bevölkerung, vor allem in Ostdeutschland, widerspiegelt.

Gerade weil die PDS einen sozialistischen Anspruch hat, wäre ihr Einzug in den Bundestag ein Schlag gegen die antisozialistische Propaganda der CDU und der anderen Parteien. Ein Einzug der PDS in den Bundestag würde ausdrücken, daß viele ArbeiterInnen und Jugendliche eine Linke politische Alternative suchen. Deshalb tritt die SAV dafür ein, daß die PDS wieder in den Bundestag einzieht und ruft dazu auf, die Zweitstimme der PDS zu geben. In den ostdeutschen Wahlkreisen, in denen die PDS eine realistische Chance hat, das Direktmandat zu gewinnen, tritt die SAV nicht gegen die PDS an und ruft dort dazu auf, auch die Erststimme der PDS zu geben.

Aber die PDS ist keine sozialistische Partei. Deshalb bauen wir die SAV auf.

Eine neue Arbeiterpartei aufbauen

Die etablierten Parteien werden nicht für uns kämpfen. Die Mandatsträger sind keine Vertreter der „kleinen Leute“, sondern werden bezahlt wie Manager und leben im Umfeld der Reichen und Mächtigen. Wir können uns nur auf uns selbst verlassen. Eine echte politische Vertretung der Mehrheit, eine neue Arbeiterpartei, muß aufgebaut werden.

Dafür wurde 1994 die SAV gegründet. Wir sehen nicht tarantlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verhauben. Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. SAV-Mitglieder sind aktiv in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Die SAV setzt sich für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. SAV-Mitglieder beteiligen sich an Aufbau inner-gewerkschaftlicher Oppositionsgruppen, wie dem „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische OTV“.

In Köln und Berlin hat die SAV ArbeitnehmerInnen unterstützt, die gegen die Schließung ihres Betriebes gekämpft haben und Solidaritätskomitees in den betroffenen Stadtteilen gegründet. In Bremerhaven hat die SAV eine erfolgreiche Kampagne gegen die Privatisierung städtischer Wohnungen angestoßen und bei der darauf folgenden Kommunalwahl 1995 auf Anhieb 2,3 Prozent der Stimmen bekommen.

1992 haben SAV-Mitglieder die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen und die erste internationale Jugendbewegung gegen Nazis und Rassisten mit aufgebaut. Die SAV ist an den Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit beteiligt, um den gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen über Ländergrenzen hinweg voranzubringen. In Rostock hat die SAV 1998 den Anstoß zur Gründung einer Arbeitsloseninitiative gegeben. In Stuttgart kämpft die SAV gegen das umweltzerstörende Großprojekt „Stuttgart 21“. In Freiburg organisierten wir eine Kampagne gegen die Privatisierung von Wohnraum. In Siegen haben SAV-Mitglieder den Kampf gegen Arbeitsplatzabbau



Die SAV auf der Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Januar 1997.



Mirjam Alberti, 26 Jahre, Auszubildende zur Buchhändlerin, Mitglied der Gewerkschaft HBV, kandidiert im Wahlkreis Aachen-Stadt als Direktkandidatin der SAV.
„Die etablierten Parteien vertreten nur die Interessen der Reichen. Ich werde mich für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche einsetzen. Arbeitervertreter sollten nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Als Abgeordnete werde ich mich daran halten.“

Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Beauftragten, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen. Wir verlangen von Abgeordneten und Funktionären der Arbeiterbewegung, daß sie nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Die SAV bietet bei der Bundestagswahl ihre Alternative an. In Köln, Stuttgart, Aachen, Siegen haben wir Direktkandidaten aufgestellt.

Die Erststimme für die SAV ist eine Stimme

- ★ gegen die Umverteilung zugunsten der Reichen, gegen den EURO und das Europa der Banken und Konzerne
- ★ gegen Neonazis und Rassismus, für den gemeinsamen Kampf von deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, für das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen
- ★ gegen die etablierten Parteien und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei
- ★ für ArbeiterkandidatInnen, die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn annehmen, anstatt sich durch steigende Diäten selbst zu bereichern.

Aber wählen allein reicht nicht. Wichtig ist, selbst aktiv zu werden und mitzuhelfen, eine neue Partei der ArbeitnehmerInnen, eine wirklich sozialistische Partei aufzubauen. Wir rufen alle auf, uns dabei zu unterstützen.

Die KandidatInnen der SAV werden sich nicht bereichern, sondern ArbeiterInnen vertreten. Deshalb verpflichten sie sich, von den überzogenen Abgeordneten diäten nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für sich zu behalten und den Rest an die Arbeiterbewegung zu spenden.

Unsere Alternative: Arbeit für Alle

Regierung und Unternehmer bieten nur ein Rezept an, um angeblich die Arbeitslosigkeit zu senken: Lohn- und Gehaltskürzungen. Seit Anfang der 90er greifen die Einkommenskürzungen bei ArbeitnehmerInnen. In Ostdeutschland und den strukturschwachen Regionen Norddeutschlands sind große Niedriglohn-Gebiete entstanden. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Gleichzeitig gibt es immer mehr „arbeitende Arme“, die von ihrem sinkenden Realinkommen mehr schlecht als recht leben. Lohnverzicht hat keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur die Konzerntherren, Aktionäre und Bankier bereichert.

Während die Bundesregierung Krokodilsträhnen über die Massenarbeitslosigkeit vergießt, tut sie alles, um diese zu fördern. Im öffentlichen Dienst sind zwischen 1992 und 96 mehr als 500.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Innenminister Kanther fordert für den öffentlichen Dienst Arbeitszeiterlängerung, um noch mehr Arbeitsplätze abzubauen zu können. Während die einen krank werden, weil sie zwangsweise zu Hause sitzen, sollen die anderen noch mehr arbeiten.

Während Millionen preisgünstiger, qualitativ guter Wohnungen fehlen, sind 800.000 Banarbeiter arbeitslos. Während Zehntausende alter Menschen mit „Satt-und-sauber“-Pflege abgefertigt werden, sollen in den Altenheimen 20-30 Prozent aller Arbeitsplätze abgebaut werden.

Immer mehr kann mit immer weniger Menschen produziert werden. Eine Verteilung der Arbeit wäre möglich und finanzierbar. Doch heute sacken nur die Reichen und Superreichen den Gewinn der Produktivitätssteigerung ein. Millionen Menschen bezahlen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Mit diesem Wahnsinn muß Schluss gemacht werden.

Wir akzeptieren nicht die Propaganda der großen Parteien, daß es nur die Wahl zwischen Massenarbeitslosigkeit und McDonalds-Jobs

- ★ Schluß mit der Schikamentierung von Arbeitslosen. Nein zur Meldepflicht und „Eigenbemühungsnachweis“
- ★ Kampf gegen Billigjobs und ungesicherte Arbeitsverhältnisse
- ★ Arbeit für alle. Einen garantierten Arbeits- und Ausbildungsplatz für jeden!
- ★ Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Es gibt genug zu tun: für ein öffentliches Investitionsprogramm von 300 Milliarden DM jährlich und Schaffung von gesicherten, qualifizierten und tariflich entlohnten Arbeitsplätzen in den gesellschaftlich sinnvollen Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnungsbau, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen und Altenpflege

Streichen bei den Reichen

Im ganzen Nachkriegsaufschwung im Westen ist die Schere zwischen den Reichen und Superreichen und der Masse der Bevölkerung immer weiter auseinandergegangen. Bis in die 80er Jahre konnte die Mehrheit der abhängig Beschäftigten aber immerhin noch den im Aufschwung erzielten Lebensstandard halten oder sogar leicht erhöhen. Kohl hat in Zusammenarbeit mit seinen Freunden in den Chefetagen von Konzernen und Banken damit Schluß gemacht.

Unter der Kohl-Regierung fand eine massive Umverteilung von unten nach oben statt. Millionen leben am Rande des Existenzminimums, während andere in Saus und Braus leben. Im Vergleich zu 1980 lagen die Nettolöhne 1997 um 1 Prozent niedriger während sich die Nettogewinne der Unternehmer mit 119 Prozent mehr verdoppelten. Die Lohnquote hat den tiefsten Stand der Nachkriegsgeschichte erreicht.

Die CDU-geführte Regierung will sämtliche Lebensstufen privatisieren. Seit 1982 hat sie dabei viel erreicht.

Zusätzlich zu den steigenden Sozialbeiträgen für Unternehmen immer höher: Von den Merkmalen und der Kurzahlung bis hin zur Abschaffung von Feiertagen, um den Anteil der Unternehmer zur Pflegeversicherung auszugleichen. Der reale Anteil der ArbeitnehmerInnen bei den Ausgaben im Gesundheitswesen liegt längst nicht mehr bei 50 Prozent, sondern erreicht nahezu 70 Prozent. Steigende Krankenkassen-Beiträge und Zuzahlungen machen Kranksein zu einer teuren Angelegenheit. Marktwirtschaft im Gesundheitswesen heißt: nur wer Geld hat, hat ein anständiges Gebiß.

Das Renten-Niveau soll auf 64 Prozent des Nettoeinkommens sinken, außerdem sollen alle länger arbeiten. Viele Menschen stehen am Ende ihres Arbeitslebens da und haben außer ihrer bescheidenen Mietwohnung und Erinnerungen an einige Urlaube nichts in der Hand.

Die Rentenkasse, die Arbeitslosenversicherung und die Krankenkassen haben nicht deswegen Defizite, weil die Lebenserwartung steigt oder die Kranken immer anspruchsvoller werden. Tatsächlich könnte sich eine immer produktivere Gesellschaft ein immer früheres Rentener und -vorsorge leisten. Die Sozialkassen sind leer, weil immer weniger Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stehen und weil sie von der profitierbaren Pharmaindustrie und anderen Schmarotzern geplündert werden. Durch die Umwandlung von Vollzeitstellen in 620-Mark-Jobs und Selbständigkeit entziehen die Unternehmer den Sozialkassen Millionen.

„Es ist kein Geld da“ – mit diesem Schlachtraufkitzen Bundes-, Länder- und Kommunalregierungen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor und Sozialleistungen. Mit dem Argument der leeren Kassen werden staatliche Betriebe wie Post, Bahn, kommunale Energieversorger und Verkehrsunternehmen privatisiert. Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum, denn es geht darum, die gewinnbringenden Teile des öffentlichen Eigentums an private Anteilseigner zu verkaufen, die dadurch ihr Kapital profitabel anlegen können. Der Aufbau der öffentlichen Unternehmen wie Bundespost und Bahn wurde aus Steuergeldern finanziert. Überschüsse gingen bisher zurück an öffentliche Haushalte. Jetzt dürfen sich Aktionäre damit bereichern. Daher werden Postämter geschlossen und Bahnstrecken stillgelegt. Die Kosten für die arbeitslosen Post- und Bahnangestellten darf dann die Masse der Steuer- und Beitragszahler übernehmen.

Die erste Maßnahme einer Regierung im Interesse der ArbeitnehmerInnen müßte sein, mit dem Reichtum der Reichen und Superreichen die Armut von Millionen zu beseitigen.

Die SAV kämpft für:



Torsten Sting, 25 Jahre, Metallarbeiter, Mitglied der IG Metall und Betriebsrat*, kandidiert im Wahlkreis Siegen als Direktkandidat der SAV.

„Als Metaller meine ich: die Profite steigen, die Löhne nicht. Ich will, daß der Reichtum der Gesellschaft zugunsten von Mensch und Natur eingesetzt wird – und nicht, damit sich eine kleine Minderheit bereichern kann.“

- Sozialkürzungen der Komm.-Regierung
- ★ Nein zum Eurofighter, radikale Abrüstung und Senkung der Rüstungsausgaben
 - ★ Herabsetzung des Rentenniveaus auf 55 bei einem Rentenanspruch von 80 Prozent des bisherigen Nettolohns.
 - ★ Mindestrente bzw. soziale Mindestsicherung von 2000 DM netto für jeden
 - ★ Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer
 - ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
 - ★ Keine Privatisierung öffentlicher Betriebe. Rückgängigmachen bisheriger Privatisierungen

Millionäre und Milliardäre besteuern

Die Umverteilung zugunsten der Unternehmer und Superreichen ist ganz wesentlich über die Steuerpolitik gelaufen. Während der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamteinkommen noch so hoch wie 1980, während 100 Milliarden mehr in den Staatskassen. Mit Zustimmung der SPD hat die Bundesregierung die Gewerbesteuer abgeschafft. Den Kommunen fehlen dadurch 5 Milliarden Mark im Jahr und weitere 3,5 Milliarden durch die Senkung der Gewerbesteuer. Die Abschaffung der Vermögenssteuer bedeutet ein Minus von 8 Milliarden für die Staatskasse.

Die entgangenen Einnahmen durch Steuerflucht ins Ausland schätzt das Finanzministerium NRW auf 50 Milliarden DM jährlich allein für NRW. Viele Großbetriebe haben sich vom Steuerzahlen verabschiedet: zum Beispiel Daimler, Siemens, Allianz zahlen und zahlen jahrelang keine Steuern. Gleichzeitig kassieren sie staatliche Subventionen.

Neben der Umverteilung durch Steuererleichterungen und Schlupflocher gab es auch eine massive Verlagerung von der direkten (einkommensbezogenen) zur indirekten (verbrauchsbezogenen) Steuer. Allein für die Mehrwertsteuer bezahlten wir als Verbraucher 1997 237,2 Milliarden. Im Preis für ein halbes Pfund Butter steckt für den Milliardär und den Sozialhilfeempfänger die gleiche Mehrwertsteuer.

Das gesamte Steueraufkommen betrug 1995 814,3 Milliarden Mark. Davon bezahlte die Masse der Bevölkerung über Lohn- und Verbrauchssteuern 625,4 Milliarden, die Steuern, die den oberen Einkommensklassen zuzuordnen sind, machten nur 113,6 Milliarden aus.

Die SPD und Grüne wollen die Vermögenssteuer wieder einführen, aber nur auf private, nicht auf betriebliche Vermögen.

Wir brauchen eine massive Steuerentlastung bei der Masse der Bevölkerung und eine hohe Besteuerung von Millionären, Milliardären und Unternehmergewinnen. Die SAV tritt für eine einfache und klare direkte Einkommensteuer ein, mit ansteigender Progression (steigendem Steuersatz) für Großverdiener.

Damit die Besteuerung von Gewinnen, großen Vermögen und Erbschaften auch wirklich greift, muß sie ebenso an der Quelle erhoben werden, wie dies heute bei den Lohnsteuerzahlern geschieht. Arbeitnehmer versteuern 90 Prozent ihres tatsächlichen Einkommens, Selbständige und Unternehmer dagegen nur 55 Prozent (laut DIW).



„Aufgabe der Gewerkschaften wäre es, den Unmut unter den Beschäftigten und in der Bevölkerung aufzugreifen und den Kampf gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau zu organisieren. Doch viele Funktionäre verstecken ihren Job als Sprungbrett zu höheren Posten wie die ehemalige ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies. Der Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition tut not. Daher bin ich aktiv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Wir setzen auf Gegenwehr statt auf Co-Management.“



Holger Dröge, stellv. Vorsitzender der JAV Klinkum Aachen, Mitglied in ÖTV und SAV (*Angaben dient nur zur Kennzeichnung der Person).



Nach dem Versuch der „kalten Übernahme“ von Thyssen durch Krupp organisierte die SAV in Aachen eine Protestaktion vor der Deutschen Bank.

Die SAV kämpft für:

- ★ Nein zu Steuererhöhungen, die die Masse der Bevölkerung treffen
- ★ Abschaffung der Massenverbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Benzinsteuern, Kfz-Steuer, Tabaksteuer)
- ★ Einführung eines einfachen und klaren Systems von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen mit starker Progression für hohe Einkommen wer viel verdient, soll viel bezahlen
- ★ Vollständige Offenlegung aller Geschäftsbücher, Unternehmensbilanzen, Einkünfte der Selbständigen und Besteuerung an der Quelle
- ★ Bei Steuer- und Kapitalflucht: Konfiszierung des Vermögens bzw. Enteignung des Betriebes und Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle

Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne

Wir lehnen den Euro ab. Nicht aus nationalen Gründen, sondern aus sozialen. Wir verteidigen nicht nationale Währungen, sondern Arbeitsplätze und Einkommen – international.

Der Euro verweist dem Kapital noch mehr Bewegungsfreiheit, noch mehr Möglichkeiten zu Lohndumping und Sozialabbau und dem Ausspielen von Arbeitelernen mit unterschiedlichen Pässen. Löhne und Gehälter, Sozialleistungen, Lohnnebenkosten, Arbeitszeiten: die jeweils schlechteren Bedingungen werden als „Vorbild“ dienen, uns Verzicht einzuwerden.

Die Verträge von Maastricht und die daran festgeschriebenen „Stabilitätskriterien“ schreiben fest, daß alle Regierungen Sozialkürzungen und Privatisierungen vornehmen müssen, um die Verschuldung einzudämmen. Die Kohl-Regierung bezeichnet schon heute die Senkung von Einkommen und Lebensstandard als wegen der Währungsunion als unausweichlich.

Das ist nicht das vereinigte Europa der Völker, was sich viele Menschen wünschen. Europa kann nur von unten zusammenwachsen, im gemeinsamen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter über Ländergrenzen hinweg.

SPD und Grüne stehen ebenfalls hinter dem Euro. Dadurch sind sie verantwortlich dafür, daß die Neonazis Opposition gegen den Euro in nationalistische Bahnen lenken können.

Le Pen in Frankreich, Haider in Österreich oder NPD und DVU in Deutschland lenken von der Verantwortung der Konzernherren und Regierungen ab und machen jeweils die anderen Völker oder die Arbeitsimmigranten für die sinkenden Sozialstandards verantwortlich.

Die Sozialistische Alternative kämpft für ein Europa der Arbeitnehmer, für die Einheit der arbeitenden und arbeitslosen Menschen über Ländergrenzen hinweg. Wir wollen eine internationale linke Opposition gegen das EUROPA der Banken und Konzerne aufbauen. Unser Ziel ist ein sozialistisches Europa, in dem die Wirtschaft nicht für die Profitinteressen funktioniert, sondern für die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt.

Die SAV tritt ein für:

- ★ Nein zur Währungsunion und den Verträgen von Maastricht
- ★ Ausbau direkter Kontakte zwischen GewerkschafterInnen, Arbeitslosen, Studierenden über Ländergrenzen hinweg
- ★ Für europaweite Kampfmaßnahmen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Privatisierungen bis hin zu einem europäischen Generalstreik
- ★ Für ein sozialistisches Europa

**Bildung ist ein
Recht, kein
Privileg**

Das Bildungssystem im Kapitalismus orientiert sich am Konkurrenz- und Klassensystem. Das Bildungssystem soll Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen des Kapitals ausbilden. Und je weniger Arbeitskräfte gebraucht werden, desto weniger brauchen eine umfassende Schul-



„Die Einführung einer einheitlichen Währung erhöht jedoch gleichzeitig die Lohntransparenz und den Wettbewerb zwischen den Arbeitskräften. Damit wird ... die Lohndisziplin gestärkt.“
(Deutsche Bank, Studie „Eine stabile Währung für Europa, 1/96)

von Massenarbeitslosigkeit reicht Schmalspurbau- bildung für die Masse und Elitebildung für eine kleine Minderheit.

Nach den Vorstellungen von CDU-CSU und FDP soll nur derjenige eine gute Bildung bekommen, der es sich leisten kann. Durch Lehrermangel und Kürzungen bei Unterrichtsmaterialien beginnt der Unterschied zwischen denen, die sich durch Nachhilfe fit machen können und denen, deren Eltern das nicht bezahlen können, schon in den unteren Schulklassen. 30 Millionen DM werden wöchentlich für Nachhilfe ausgegeben.

Die Einführung schärferer Prüfungsbedingungen an den Hochschulen erschwert 2/3 der Studierenden, die nebenbei arbeiten müssen, das Studium. Das neue Hochschulrahmengesetz soll die Erhebung von Studiengebühren ermöglichen, mit deren Einführung in Berlin und Baden-Württemberg schon begonnen wurde.

Der Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen soll durch private Sponsoren ausgeglichen werden. Schon heute bestimmen Konzerne Lehrinhalte an den Hochschulen. Marktwirtschaft in der Bildung heißt: wer Geld hat, darf in Ruhe studieren. Wer noch mehr Geld hat, entscheidet, was die anderen studieren.

Zwischen 1984 und 1996 haben öffentliche und private Arbeitgeber über 150.000 Ausbildungsplätze abgebaut. Zum Zeitpunkt der Wahl werden 200.000 Schulabgänger des Jahrgangs 1998 ohne Ausbildungsplatz sein.

Auch SPD und Grüne haben keine Alternative zur Elite-Bildung. In den von ihr regierten Bundesländern hat die SPD die Einstellung von LehrerInnen gestoppt und schärfere Prüfungsbedingungen an den Hochschulen eingeführt. Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst wurden auch von SPD-regierten Kommunen abgebaut. In der Großen Koalition in Berlin hat die SPD den ersten Schritt zur Einführung von Studiengebühren mitgetragen. Die Sozialistische Alternative tritt für ein Bildungswesen ein, welches die Talente aller Menschen fördert und entwickelt und nicht nur eine Zulieferindustrie für die Interessen der Konzerne ist.

Die SAV hat die Aktionen der Studierenden und SchülerInnen im Winter 97/98 für ein demokratisches Bildungswesen voll unterstützt. Die Mitglieder der SAV an Schulen und Hochschulen waren bei der Organisation der Streiks und Demonstrationen aktiv.

Die SAV kämpft für:

- ★ Gute und kostenlose Bildung für alle
- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen
- ★ Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Einen qualifizierten Ausbildungsplatz für jede/n mit garantierter unbefristeter Übernahme
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Rücknahme aller Kürzungen im Bildungsbereich und Erhöhung der Bildungsausgaben
- ★ Nein zum neuen Hochschulrahmengesetz
- ★ Keine Studiengebühren
- ★ Nein zur Privatisierung von Schulen und Hochschulen
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Mindestsicherung von 1500 DM monatlich für alle Studierenden und SchülerInnen ab 16 Jahre

**Stoppt Nazis und
Rassisten**

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt



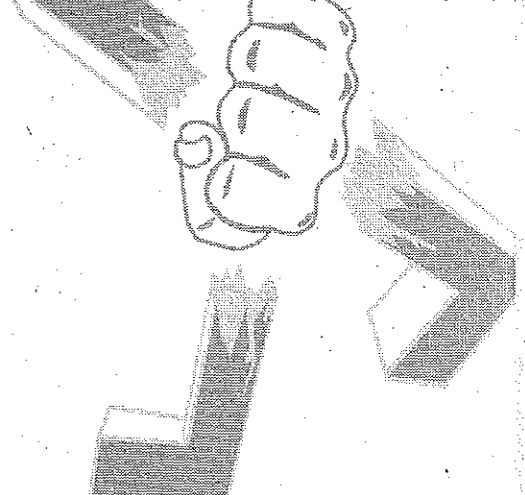
Marktwirtschaft in der Bildung heißt: wer Geld hat, darf in Ruhe studieren. Wer noch mehr Geld hat, entscheidet, was die anderen studieren.



**GEGEN EIN EUROPA DER
BANKEN UND KONZERNE.
FÜR EIN SOZIALISTISCHES
EUROPA!**

SAV Sozialistische Alternative

der NPD am 1. Mai und die wachsende Zahl von faschistischen Angriffen auf Ausländer und Antifaschisten zeigen: die Gefahr von Rechts wächst. Verantwortlich sind CDU/CSU, FDP und SPD, die in den letzten 10 Jahren eine immer stärkere rassistische Politik betrieben haben und Ausländer zum Sündenbock für die bestehenden sozialen Probleme gemacht haben. Die von diesen Parteien 1993 betriebene Abschaffung des Asylrechts ist dafür nur ein Beispiel.



Wenn die Wut auf den Sozialabbau zu groß wurde, haben CDU/CSU und FDP immer wieder Ausländerdemokratie benutzt, um von ihrer Verantwortung abzulenken. Angeblich haben AsylbewerberInnen und ArbeitsmigrantInnen Wohnsitzort und Arbeitslosigkeit zu verantworten. Heute ist das Asylrecht faktisch abgeschafft, es kommen weniger Nichtdeutsche hierher, doch die Arbeitslosigkeit bricht alle Rekorde.

Die soziale Katastrophe vor allem in Ostdeutschland ist ein guter Nährboden für die Faschisten, wenn es keine klare linke Alternative gibt. Wenn PDS und Gewerkschaften dort nicht konsequent gegen die Rechten kämpfen, werden diese weiterhin viele Jugendliche organisieren können. 1997 ist die Zahl neonazistischer Straftaten um 57 Prozent angestiegen. Eine Mobilisierung gegen alle öffentlichen Aktivitäten der Nazis, verbunden mit eher inhaltlichen Alternativen zum Sozialabbau a la CDU-FDP und SPD-Grüne ist notwendig, um die Nazis daran zu hindern, stärker zu werden.

Flüchtlinge leben heute unter rechtlosen Bedingungen. Viele bekommen statt Sozialhilfe Lebensmittelpakete. Ihre medizinische Versorgung ist auf absolute Notmaßnahmen eingeschränkt. Durch ihre Rechtslosigkeit sind viele Flüchtlinge gezwungen, zu Niedriglöhnen und ohne jegliche Rechte zu arbeiten. Viele Unternehmer nutzen dies, um insgesamt Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken. Auch die Regierung verfährt nach diesem Prinzip: erst werden die Flüchtlinge entrechtet, dann geht es weiter mit den Arbeitslosen, den SozialhilfeempfängerInnen, am Schluß sind die ArbeitnehmerInnen dran.

Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung mörderische Regimes, die Menschen verfolgen, foltern und zur Flucht zwingen. Deutschland lieferte Waffen an Indonesiens Diktator Suharto, schweigt zum Militärdiktator in Nigeria und unterstützt den Krieg des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk. KurdInnen werden in die Türkei abgeschoben, wo ihnen Verfolgung und Folter drohen. Deutsche und Nichtdeutsche haben die gleichen Interessen. Wir brauchen Arbeitsplätze und menschenwürdige Wohnungen für alle. Nur die Macht der Konzerne und Banken steht dem im Weg.

- Millionen AusländerInnen in Deutschland werden die Kohl-Regierung gerne abwählen. Auch aus diesem Grund haben sie kein Wahlrecht. Den 500.000 KurdInnen in Deutschland wird durch das Verbot der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und ihrer Vereine sogar jegliche politische Aktivität erschwert, friedliche kurdische Demonstrationen wurden durch die Polizei angegriffen.
- Die SAV kämpft für:**
- ★ Gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen. Abschaffung der Ausländergesetze, volles Wahlrecht für alle
 - ★ Rücknahme der Kürzungen bei Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge
 - ★ Stop der Abschiebungen, Bleibe-recht für alle Flüchtlinge
 - ★ Sofortiger Stop von Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe an die Türkei, Indonesien und andere Diktaturen
 - ★ Das Recht auf volle politische Betätigung für alle, Aufhebung des Verbots der PKK und aller kurdischen Vereine und Organisationen
 - ★ Keine öffentlichen Räume und Plätze für faschistische Organisationen
 - ★ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften und Linke

Schluß mit der Diskriminierung von Frauen

Frauen sind heute weit davon entfernt, Männern gleichgestellt zu sein. Selbst in Deutschland verdienen sie durchschnittlich ein Viertel weniger und werden von Arbeitgeber und Regierung als ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse behandelt. Mit steigender Massenarbeitslosigkeit wird Druck auf die Frauen ausgeübt ihre Jobs ganz aufzugeben oder nur noch mehr

Kohl (CDU): „Wir sind freundlich zu Ausländern in unserem Land. Aber sie müssen wissen, daß sie Gast sind in unserem Lande. Und wer kein Gast sein will, kann gehen.“

Schröder (SPD): „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt's nur eins - raus und zwar schnell.“

DVU-Plakat: „Scheinasylanten raus!“



Diskriminierung der Frauen gehört zur Teil- und-Herrsche-Politik im Kapitalismus.

16 Jahre Kohl-Regierung waren besonders für Frauen eine Katastrophe. Sie waren am stärksten von den Sozialkürzungen betroffen. War die Wiedervereinigung ein soziales Verbrechen an den Menschen in Ostdeutschland, so war sie ein doppeltes Verbrechen an den ostdeutschen Frauen. In der DDR standen noch 90 Prozent der Frauen im Erwerbsleben. Heute sind zwei von drei Arbeitslosen in den neuen Ländern Frauen. Obendrein wurden von der Regierung die Fristenlösung und andere Rechte von Frauen abgeschafft.

Die Konservativen reden von den Familienwerten. Doch wenn die Kinder erst einmal da sind, muß frau sich alleine um sie kümmern. Die staatliche Garantie eines Kindergartensplatzes für jedes Kind besteht nur auf dem Papier. Die Kommunen sind weder willens noch in der Lage, diese Garantie umzusetzen. Dazu kommen steigende Gebühren für Kindergärten. In Deutschland lebt jede zweite alleinerziehende Mutter an oder unter der offiziellen Armutsgrenze. Viele haben kaum eine Chance, einen Job zu finden, von dem sie sich und die Kinder finanzieren können.

Alle drei Minuten findet in Deutschland eine Vergewaltigung statt. Nach wie vor gibt es häusliche Gewalt gegen Frauen. Die konservative Ideologie, die Frauen die Rolle an Heim und Herd zuschreibt und ihnen das Recht auf einen Arbeitsplatz abspricht, treibt einen Keil zwischen Frauen und Männer. Damit sind die Regierungsparteien mitverantwortlich für ein Frauenbild, was diese zu Anhängseln oder gar Besitz von Männern macht und sie damit der Diskriminierung und Gewalt ausliefert.

- Die SAV kämpft für:**
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich statt Schaffung von ungesicherten Teilzeistellen, von denen niemand existieren kann
 - ★ Streichung der Abtreibungsparagraphen § 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch
 - ★ Kostenlose Bereitstellung von Verhütungsmitteln und Abtreibung
 - ★ Kostenlose Kinderbetreuung für alle Altersgruppen in personell gut besetzten Ganztageseinrichtungen
 - ★ Flächendeckendes Angebot von selbstverwalteten Frauenhäusern

Stoppt die Verschmutzung der Umwelt

Die Umweltbilanz der Kohl-Regierung ist verheerend. Bei der Bundesbahn werden immer mehr Strecken stillgelegt. Der teure und unzureichende öffentliche Verkehr zwingt immer mehr PendlerInnen dazu, das Auto zu benutzen. Auf den Straßen wachsen die Blechlawanen. Die gesellschaftlichen Kosten durch Unfälle und Umweltverschmutzung sind enorm, werden jedoch nicht berechnet.

Laut Waldschadensbericht von 1996 gelten nur noch 43 Prozent der Bäume als gesund. Statt Müllvermeidung werden immer mehr überflüssige Produkte hergestellt. Werbematerialien und Verpackungen werden nicht weniger, sondern mehr.

Der „Grüne Punkt“ oder die „Gelben Tüten“ zur Sortierung des Abfalls führen nicht zu weniger Müll, sondern dazu, daß die Verpackungs-mittelindustrie weiter Überflüssiges produzieren kann und dessen Entsorgung und Sortierung durch erhöhte Müllgebühren finanziert wird. Daß am Ende große Teile des mühsam ausselektierten Mülls auf Müllkippen in Indonesien wieder einträchtig beisammen liegen, zeigt den ganzen Unsinn dieses Systems.

Marktwirtschaft beim Umweltschutz heißt: Nach uns die Sintflut, denn was ist die Lebensqualität zukünftiger Generationen gegen die Profite von heute. Die Castor-Transporte sind das jüngste Beispiel, wie die Atommafia für Profite über Leichen geht. Kein einziger Atommanager und kein einziger Politiker wurde bisher wegen gefährlicher Körperverletzung belangt. Gegen Castorgegner wird der Polizeiknüppel eingesetzt. Von unseren Steuergeldern flossen allein im März 1998 111 Millionen DM in die Sicherung der Castor-Transporte.

Die Grünen sind zwar für den Ausstieg aus der Atomenergie, haben aber kein Konzept wie dieser Ausstieg und eine ökologische Wirtschaft gegen die Konzerne durchgesetzt werden kann. Sie stehen für die Utopie einer „ökologischen Marktwirtschaft“. Sie wollen die Entscheidungsgewalt der Konzernherren über die Produktion nicht antasten.

Umweltzerstörung ist Folge eines Wirtschaftssystems, dessen Motor die Profitmaximierung ist. Deshalb muß der Kampf für die Verteidigung der Umwelt ein Kampf gegen das Profitsystem sein. Große Investitionen sind nötig, um



Kim Opgenorth, 25 Jahre, Druckerin, Mitglied der IG Medien, kandidiert im Kölner Wahlkreis Kalk-Mülheim als Direktkandidatin der SAV.

„Jede zweite alleinerziehende Mutter lebt unterhalb der Armutsgrenze. In Ostdeutschland wurden seit 1989 1,8 Millionen Frauenarbeitsplätze vernichtet. Wir brauchen Arbeit für alle, 2000 DM Mindestlohn für jede und jeden sowie einen Kindergartenplatz für jedes Kind – und das zum Nulltarif. Wir brauchen weder kapitalistische Abhängigkeit noch stalinistische Doppelbelastung. Wir wollen eine freie, gleichberechtigte und sozialistische Gesellschaft.“



terren und um eine umweltfreundliche Produktion aufzubauen.

Durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Bundesbahn, durch den Aufbau einer Solarindustrie, eines umweltfreundlichen Recycling- bzw. Müllsystems, durch die Umstellung der Landwirtschaft auf gesunde und umweltverträgliche Produktion würden Millionen sinnvoller Arbeitsplätze entstehen. Doch damit läßt sich kein Profit erzielen. Und deshalb besteht der einzige Ausweg für die Rettung der Umwelt in einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft.

- Die SAV kämpft für:**
- ★ Stop aller Atomtransporte
 - ★ Sofortige Stilllegung aller Kernkraftwerke und umweltzerstörender Produktion
 - ★ Vollwertige Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten dieser Industrien
 - ★ Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und kostenlose Beförderung („Nulltarif“)
 - ★ Ausbau des Bahnverkehrs
 - ★ Überführung der Energiekonzerne, Auto- und Verpackungsindustrie und aller umweltgefährdender Betriebe in Gemeineigentum und Umstellung auf alternative Produktion
 - ★ Müllvermeidung und Recycling statt „Grüner Punkt“

Dahinter steckt System: Kapitalismus

Je mehr Menschen ein Unternehmen entläßt, desto angesehener seine Manager, desto wertvoller ist es auf dem Markt.

Mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft kann immer mehr produziert werden. Das kommt ein Fortschritt für die Gesellschaft sein. Bei gleichbleibenden Reichtum an materiellen Gütern hätten die Menschen mehr Zeit, ihre Freizeit zu gestalten und an der demokratischen Verteidigung der Gesellschaft teilzunehmen.

Doch, die Marktwirtschaft funktioniert anders. Die Steigerung der Produktivität führt dazu, daß Unternehmen Personal abbauen. Die Profite der Kapitalbesitzer steigen, die ArbeitnehmerInnen werden in einen verschärften Konkurrenzkampf getrieben, sollen sich gegenseitig unterbieten.

Staaten, Regionen, Städte und Betriebe kämpfen um die „Standorte“. Der Wettlauf, den Unternehmen möglichst niedrige Steuern, Einkommen und wenig Arbeitnehmerrechte anzubieten, kennt keine Sieger außer den Kapitalbesitzern, denn immer finden sich Kommunen oder ArbeitnehmerInnen, die noch billiger sind.

Gleichzeitig frßt der Kapitalismus seinen eigenen Markt. Jeder Unternehmer möchte möglichst viele seiner Produkte absetzen, aber gleichzeitig die Löhne seiner eigenen Beschäftigten möglichst niedrig halten. Die Senkung der Arbeitnehmer-Einkommen weltweit untergräbt die Absatzmärkte.

Der Zusammenbruch der Börsen und der Wirtschaft in Südostasien sind Belege für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Die sogenannten „Tigerstaaten“ waren die Modelle für die angebliche Überlegenheit der Marktwirtschaft. Jetzt wird die Krise der Tigerstaaten den Rest der Weltwirtschaft in eine Rezession ziehen. In den nächsten ein, zwei Jahren muß mit dem Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise gerechnet werden, die zu einer weiteren drastischen Verschärfung der Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung führen wird.

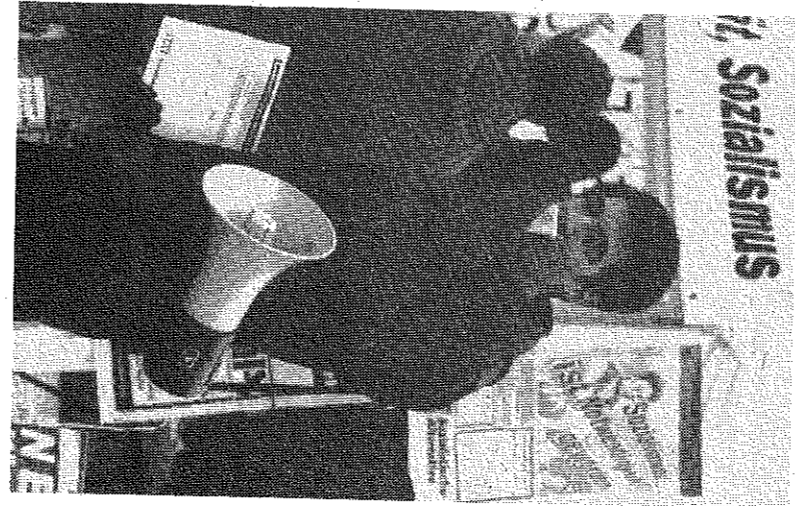
Mit der Eroberung Osteuropas für den Kapitalismus hätte eine neue Phase der Ausdehnung und des Wachstums beginnen müssen, wenn die Marktwirtschaft das Gesellschaftssystem der Zukunft wäre. Doch genau das Gegenteil ist passiert. Osteuropa konnte nicht entwickelt werden. Die Kapitalbesitzer scheuten Investitionen und setzten lediglich auf kurzfristige Gewinnmaßnahmen bei der Ausschachtung der ehemaligen Staatwirtschaften. In der reichsten Region Osteuropas, der ehemaligen DDR, sind keine zukunftsorientierten Produktionsstätten entstanden. Westliche Konzerne haben die ehemalige DDR in erster Linie als großen Supermarkt genutzt, um ihre Produkte zu verkaufen.

Die Steigerung der Profite in den letzten Jahren wurde nicht durch reale Investitionen in Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze erzielt, sondern durch eine erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Arbeitslöhne wurden erhöht, Real-löhne sind gesunken, die Steuerzahler und Beitragszahler zur Sozialversicherung erhalten für immer höhere Zahlungen immer weniger Leistungen.

Jede Regierung, die den „Standort Deutschland“ mit guten Bedingungen für die Kapitalbesitzer sichern will, wird zwangsläufig die ArbeitnehmerInnen angreifen, den Sozialabbau vorantreiben und die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben.



Jede Regierung, die den „Standort Deutschland“ mit guten Bedingungen für die Kapitalbesitzer sichern will, wird zwangsläufig die ArbeitnehmerInnen angreifen, den Sozialabbau vorantreiben und die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben.



Die sozialistische Alternative

SPD und Grüne wollen alle Sozialleistungen unter einen „Finanzierungsvorbehalt“ stellen. Sie sagen, es muß ein „Kassensturz“ der öffentlichen Haushalte gemacht werden. Wir meinen: ein Kassensturz bei den Reichen und Superreichen ist nötig! Dann wird schnell klar, daß mit ihrem Vermögen eine Rundenerneuerung des Gesundheits- und Bildungswesens finanziert werden könnte.

Eine Regierung, die die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten will, müßte als erste Maßnahme den enormen Reichtum von oben nach unten verteilen. Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern würde die Löcher in den öffentlichen Haushalten stopfen und den Weg freimachen für Investitionsprogramme in allen Bereichen. Durch den sofortigen Stop irtsiniger Großvorhaben würden weitere Milliarden DM zur Verfügung stehen.

Eine solche Regierung müßte aus den Maastrichter Verträgen aussteigen und an die Arbeiterbewegung Europas appellieren, ein gemeinsames Programm sozialer Mindeststandards auszuarbeiten und dafür zu kämpfen.

Durch eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden würden in allen Branchen neue Arbeitsplätze entstehen. Der volle Lohnausgleich könnte durch die Unternehmensprofite und im öffentlichen Dienst durch erhöhte Steuernahmen finanziert werden.

Doch solche Maßnahmen, auch schon bescheidenere Schritte, würden auf den massiven Widerstand der wirtschaftlich Herrschenden stoßen. Kapital würde ins Ausland überfließen.

Allern mit Steuergesetzen kann das Ruder nicht herumgerissen werden. Die wirkliche Macht liegt in den Konzernzentralen, bei den Vorständen der Industrie, der Banken und der Versicherungen. Sie können Regierungen erpressen, können Steuergesetze und Umweltschutzverordnungen unterlaufen und beseitigen. Im Zweifelsfall, das hat die Geschichte gezeigt, werden die Kapitalbesitzer und die ihnen treu ergebenden Politiker auch nicht vor der Aushebelung demokratischer Rechte halt machen.

Deswegen muß die Macht der Kapitalbesitzer gebrochen werden. Die zentralen Industriezentre und Banken müssen enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft kann nur durch die Verfügnung der arbeitenden Menschen über die Quellen des Reichtums, die Produktionsmittel eingesetzt werden.

Die Wirtschaft würde dann nicht für den Profit weniger, sondern nach den Bedürfnissen aller geplant werden können. Auf dem Stand der modernen Wissenschaft und Technik ist es innerhalb kurzer Zeit möglich, allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die Planung der Produktion nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erfordert die bewußte demokratische Kontrolle der Beschäftigten. Wir lehnen die Ersetzung der privaten Kapitalbesitzer durch allmächtige Staatsbürokraten ab. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie wie in Osteuropa noch die Diktatur der Banken und Konzerne.

Die DDR und die anderen Staaten sind gescheitert, weil sie nicht sozialistisch waren, sondern bürokratische Regime in der Tradition Stalins. Die ArbeiterInnen hatten auch dort nicht die Kontrolle über die Gesellschaft und die Produktion. Die von der einer abgehobenen Bürokratschicht gelenkte Planwirtschaft steuerte unweigerlich in den wirtschaftlichen Niedergang.

Die Sozialistische Alternative tritt für die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionen ein und dafür, daß auch Funktionenre nicht mehr verdienen als die KollegInnen, die sie vertreten.

Das Profitsystem kann nicht per Parlamentsmehrheit abgeschafft werden. Auch wenn heute eine Partei mit einem sozialistischen Programm die Wahlen gewinnen würde, würde das nicht ausreichen.

Die Macht des Kapitals kann nur durch eine große soziale Bewegung, durch die Aktivität der Masse der ArbeiterInnen, Angestellten, Arbeitslosen und Studierenden gebrochen werden. Nur wenn die arbeitenden Menschen sich in den Betrieben und Stadtteilen, den Schulen und Hochschulen die Menschen zusammenschließen und selbst aktiv werden und daraus Strukturen für eine revolutionäre Umgestaltung der Machtverhältnisse und für die demokratische Leitung der Gesellschaft hervorgehen, kann es gelingen, eine solche Umwälzung zu erreichen und abzuschließen.

Deswegen meint die Sozialistische Alternative: es reicht nicht, die Kohl-Regierung abzuwählen. Wir rufen alle auf, die genug vom kapitalistischen System haben; die genug davon haben, daß abgehobene Politiker und Gewerkschaftsführer in unserem Namen sprechen, sich zu organisieren und mitzuhelfen, eine neue sozialistische Arbeiterpartei aufzubauen.

Der Kampf für Sozialismus kann nur international geführt werden. Der Kapitalismus hat einen Weltmarkt geschaffen und die Produktion internationalisiert. Sozialismus in einem Land ist unmöglich. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien in



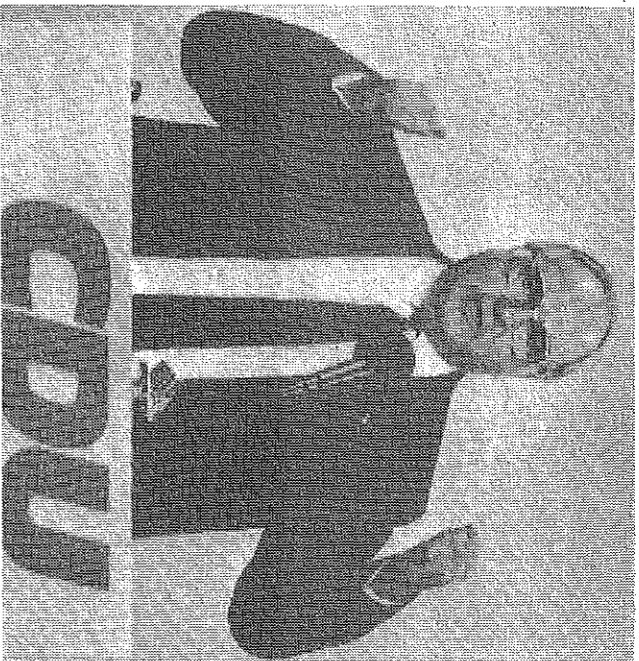
Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie wie in Osteuropa noch die Diktatur der Banken und Konzerne.



„Als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die Nazis kämpfe ich heute mit der jungen Generation, um einen erneuten Aufstieg der Faschisten zu verhindern.“

Horst Steinert, 79 Jahre, Rentner aus Berlin, SAV-Mitglied

MIT KOHL SETZT SICH DIE ÄRA ZU ENDE



Kohls staatsmännisches Theater wird diesmal seine Niederlage nicht verhindern. Doch seine früheren Verdienste für die Kapitalisten sind unbestritten.

Wer heute jünger als 30 ist, der kennt keine andere Regierung als die Kohl-Regierung. Wie war es möglich, daß ausgerechnet Kohl einen neue Rekord bei der Amtszeit von Kanzlern aufstellen konnte? Was sind die Lehren aus den Erfahrungen der 80er und 90er Jahren?

Ursel Beck, SAV-Bundeseitung

Die Kohl-Regierung kam am 1. 10. 82 nach 13 Jahren SPD-FDP-Koalition durch einen Parlamentsstich der FDP an die Regierung. Dieser kalte Regierungswechsel war eine bewußte Entscheidung der herrschenden Klasse. Mit der Wirtschaftskrise 1981/82 verlangte der Kapitalismus den endgültigen Wechsel von sozialdemokratischer Reformpolitik zur Politik von Konterreformen. Mit einem harten Sparpaket („Operation 82“) provozierte die Schmidt-Regierung den heftigen Widerstand der Gewerkschaften. Weil die SPD in der Regierung die Gewerkschaften

Stimme gleichzeitig sorgten vor allem junge Wähler dafür, daß mit den Grünen erstmals seit den 50er Jahren eine neue politische Partei in den Bundestag einzog.

Klassenkampf von oben

Mit der zweiten internationalen Rezession zu Beginn der 80er Jahre wurde der Neoliberalismus zur neuen Religion bürgerlicher Politik, was im wesentlichen der Versuch ist, die Profitabilität des Kapitals durch Absenken des Lebensstandards der Arbeiterklasse und Rückzug des Staats aus der Wirtschaft wiederherzustellen. Durch den Euro-Plan und die Maastricht-Kriterien wurde diese neoliberale Politik europaweit institutionalisiert. Trotz eines konjunkturellen Aufschwungs wurden die Angriffe auf die Arbeiterklasse verschärft.

Anti-Kohlstimmung

Spätestens im Streik für die 35-Stunden-Woche 1984 schlug die Stimmung gegen Kohl um. Bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 verloren

hauptsächlich wählen. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl sank 1987 auf ein historisches Rekordtief von 81,2 Prozent.

Wiedervereinigung

Gestützt auf den konjunkturellen Aufschwung Ende der 80er Jahre, den Zusammenbruch des Stalinismus und dem Sieg im Golfkrieg beteiligte sich die Kohl-Regierung massiv an der ideologischen Offensive des Westens für die angebliche Überlegenheit der Marktwirtschaft. Der historische Sieg des BRD-Kapitals über die DDR-Planwirtschaft führte zwangsläufig zu einer Stärkung der bürgerlichen Parteien, zumal SPD und PDS vor dieser Offensive kapitulierten.

Unterstützung für Kohl schlägt in Wut um

Bereits bei der Bundestagswahl 1994 war die Unterstützung für die Kohl-Regierung in Wut und Mißtrauen umgeschlagen. Formal betrachtet war das Wahlergebnis das am weitesten „linke“ Wahlergebnis in der Geschichte der BRD. Mit dem Wahlergebnis von 1994 konnte sich die Kohl-Regierung nur noch auf 37,7% der Wahlberechtigten, also eine Minderheit berufen. Einzig und allein der Mangel an klaren Alternativen hat 1994 dazu geführt, daß Kohl weiter im Amt blieb. 1998 ist die Wut auf Kohl um ein vielfaches größer. Der Haß auf Kohl, das starke Verlangen nach einem Regierungswechsel wird höchstwahrscheinlich dazu führen, daß Kohl am 27. September aus dem Kanzleramt gejagt wird und zum ersten mal in der Geschichte durch Parlamentswahlen ein Regierungswechsel herbeigeführt wird.

Neoliberalismus vor dem Scheiternhaufen

Mit dem Ende der Regierung Kohl geht eine Ära zu Ende. Kohl und alle anderen Vertreter des Neoliberalismus stehen vor einem Scheiternhaufen ihrer Politik. Die Gesellschaft steckt heute viel tiefer in der Krise als zur Zeit als Kohl an die Macht kam. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sind so hoch wie nie zuvor. Trotz des Sieges über den Stalinismus ist der Kapitalismus nicht in der Lage diese Länder wirtschaftlich zu entwickeln und daraus politische Stabilität zu schöpfen. Statt einer „neuen Weltordnung“ hat die Wirtschaft im Osten eine neue Welt-Unordnung geschaffen. Die Aufrüstung der Bundeswehr für weltweiten Einsatz für deutsche Profitinteressen, der Einsatz von verschärftem Nationalismus und Rassismus im Innern und das Erstarren von Neonazis zeigen ebenfalls den Verfall des BRD-Kapitalismus. Das kapitalistische System steckt weltweit in der tiefsten Krise seit den 30er Jahren.

Arbeiterklasse kämpft

Die jahrelangen Angriffe auf die Arbeiterklasse haben eine tiefe Polarisierung zwischen Arbeiterklasse einerseits und den Unternehmen und ihren Regierungen andererseits bewirkt. Die Abwahl der Thatcher-Regierung, der konservativen Regierung in Frankreich und

wahrscheinlich auch der Kohl-Regierung sind Ausdruck davon, daß die Arbeiterklasse Schluß machen will mit neoliberaler Politik. In Frankreich zeigte sich das nicht nur bei Wahlen, sondern noch viel mehr bei den Serien von harten Kämpfen und Massensstreiks.

Neuaufbau der Arbeiterbewegung

Der größte Verlust für die Arbeiterklasse während der Kohl-Ära ist ihre ideologische Entwaffnung. Sie wurde durch die völlige politische Kapitulation der SPD, PDS- und Gewerkschaftsführung verrutscht. Die Arbeiterklasse hat keine Organisation mehr, die ihre potentielle Stärke und Kampfbereitschaft in Gegenwart umsetzt und eine Alternative zum bestehenden Profitsystem anbietet. Infolge dieser Traditionsbruchs steht die Arbeiterklasse in Deutschland und international vor dem Neuaufbau der organisierten Arbeiterbewegung. ■

Gewerkschaftsführer auf dem Rückzug

In allen wichtigen Fragen haben die Gewerkschaftsführer unter dem Druck des Kapitals und dem Rechtsruck der SPD bisherige Positionen aufgegeben – ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Kohl-Regierung die härtesten Angriffe der Nachkriegszeit gegen die arbeitende Bevölkerung führen und die Arbeitslosigkeit auf den Stand der 30er Jahre angekommen ist. Mit der „Bündnis-für-Arbeit“-Politik wurde 1995 sogar der Grundsatz gewerkschaftlicher Tarifpolitik, wonach Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, über Bord geworfen.

Während Kohls Regierungszeit wurde die größte Umverteilung von unten nach oben und die größte Arbeitsplatzvernichung durchgeführt. Das liegt auch daran, daß die Gewerkschaften ihre Kampfkraft nicht einsetzen. Und vorantworlich dafür ist die Gewerkschaftsführung. Vom ersten Tag der Kohl-Regierung an gab es an der Gewerkschaftsbasis die Bereitschaft gegen diese Unternehmerregierung den Kampf aufzunehmen. Die Bewegung gegen die „Operation 82“, die noch gegen die Schmidt-Regierung geplant war, wurde zur ersten Bewegung gegen die Kohl-Regierung, an der sich im Herbst 1982 500.000 Menschen beteiligten.

Blockade der Gewerkschaftsführung

Je größer die Wut auf Kohl wurde, desto mehr stieß die Kampfbereitschaft auf die Blockade der Gewerkschaftsführung. Die Bereitschaft des stellvertretenden IGM-Vorsitzenden Rietser selbst unter einer Großen Koalition Arbeiter- und Sozialminister zu werden, ist Ausdruck davon, daß der Apparat der Gewerkschaften zur Karriereagentur für Funktionäre



Kampfkraft und -bereitschaft an der Basis haben unter Kohl nicht nachgelassen, wohl aber die Bereitschaft der Gewerkschaftsführungen, die Gegenwehr zu organisieren.

Beispiele gewerkschaftlicher Kämpfe unter der CDU-CSU-FDP-Regierung

- Streik für die 35-Stunden-Woche 1984
- mehrstündiger politische Streik von einer Million Metaller im März 1986 gegen die Änderung des § 116 AFG (Abschaffung von Kurzarbeitgeld für Ausgesperrte)
- Kampf um Rheinhausen 1987/88
- Marsch von 80.000 Postlern 1988 auf Bonn
- Streik im öffentlichen Dienst 1992
- Ostmetallerstreik 1993
- Betriebsbesetzung im ostdeutschen Bischofferode 1993
- Demo von 120.000 Bauarbeitern gegen die Kürzung des Schlechtwettergelds im Oktober 1993
- bayerischer Metallerstreik 1995
- Demo von 350.000 am 15. 6. 96 gegen das Sparpaket der Kohl-Regierung
- Streiks der 100.000 Metaller im Herbst 1996 gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung
- spontane Streiks und die Belagerung von Bonn durch 15.000 Bergarbeiter im Frühjahr 1997

Die Kämpfe zeigen, daß es nicht an Kampfbereitschaft gefehlt hat. Sowohl 1993, und noch massiver 1996, kam die Forderung nach Generalstreik auf. Sie wurde von der Führung ignoriert.

heruntergekommen ist. Ohne den Druck und die Abhängigkeit von der IGM wird Rietser in einem künftigen Kabinett Schröder schnell offen Politik gegen Arbeitnehmer und gewerkschaftliche Rechte machen. Auf dem diesjährigen DGB-Kongress wurden an eine künftige SPD-geführte Regierung einige bescheidene Forderungen gestellt: Rücknahme der Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung, im Kündigungsschutz, beim 116 AFG und der Anrechnung von losengeld. Nach den Erfahrungen der letzten Jahren, müssen wir davon ausgehen, daß die Gewerkschaftsführung keinen Kampf organisieren wird, die se Minimalforderungen auch wirklich durchzusetzen. Zusammen mit SPD-Politikern gehen Gewerkschaftsvorsitzende für ein neues „Bündnis für Arbeit“ haustieren. Sie kündigen damit an, daß sie wiederholt

Opposition aufbauen

Kämpferische und kritische KollegInnen und Kollegen müssen sich bundesweit zusammenschließen, gemeinsam Druck ausüben und eine inhaltliche und personelle Alternative zur bestehenden Gewerkschaftsführung aufbauen. Ziel muß sein, aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen. In der ÖTV ist mit dem „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ ein Anfang für eine innergewerkschaftliche Opposition gemacht. Die SAV unterstützt diese Opposition in der ÖTV. ■

Einheit von Wort und Tat

Die SAV kämpft für eine neue Arbeiterpartei

Der lateinamerikanische Revolutionär Ernesto "Ché" Guevara, der in diesem Jahr 70 Jahre alt geworden wäre, war folgender Ansicht: „Das einzige, was zählt sind Taten. Worte, die mit den Taten nicht übereinstimmen, haben keine Bedeutung.“ Die SAV ist heute in der Bundesrepublik die einzige, wenn auch kleine, Partei deren Worte mit ihren Taten übereinstimmen.

Sascha Stanicic, SAV-Bundesleitung

Und die SAV ist die einzige Partei, die eindeutig auf der Seite der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen, ImmigrantInnen, SozialhilfeempfängerInnen und RentnerInnen steht.

Eine handelnde Partei

Wir nehmen unser Motto – Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus – ernst. Seit der Gründung der SAV 1994 haben wir in unzähligen Kampagnen, Demonstrationen und Protestaktionen Gegenwehr gegen Arbeitsplatzabbau, Sozialkürzungen und Rassismus initiiert und Solidarität mit kämpfenden ArbeiterInnen in Deutschland und weltweit organisiert.

SAV-Mitglieder (damals noch als Mitglieder der VORAN-Gruppe, dem Vorläufer der SAV) haben 1992 die Gründung der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) initiiert und am 24.10.1992 die mit 40.000 TeilnehmerInnen bisher größte europaweite Demonstration gegen Rassismus und Faschismus organisiert. Seitdem haben wir an hundert Aktionen gegen Nazi-Versammlungen und -Aufmärschen, gegen



1. Mai in Aachen: der Block der SAV war kämpferisch und lautstark

Spendenfonds

Ohne Moos nix los!

Findest Du gut, was die SAV macht? Dann solltest Du uns mit einer regelmäßigen Spende unterstützen. Im Wahlkampf geben wir verschiedene Informationsmaterialien heraus, wie zum Beispiel ein Plakat gegen Ausländerhetze und Neonazis. Wie viele Leute wir damit erreichen können, wie gut wir sozialistische Ideen verbreiten können, hängt letztendlich davon ab, wie viel Geld wir haben.

Deshalb ist es wichtig, daß auch Du uns mit einer Spende unterstützt. Am besten regelmäßig, damit wir besser planen können. Wir fordern auch alle Mitglieder auf: Fragt Eure FreundInnen, KollegInnen, Be-

abschiebungen und staatlichen Rassismus beteiligt. Die SAV-Ortsgruppen haben sich massiv gegen Sozialkürzungen und Privatisierungen durch die Kommunen eingesetzt. In Bremen haben wir 1995 den Kampf gegen die Privatisierung der Städtischen Wohnungsgesellschaft (STAWOG) erfolgreich geführt und die Privatisierungen verhindert. Die von der SAV gegründete Mieterinitiative hat Protestdemonstrationen durchgeführt und tausende Unterschriften gesammelt, vor allem aber viele

MieterInnen im Kampf organisiert. Eine Folge dieses Kampfes waren 1064 Stimmen (2,3 Prozent) für SAV bei den Kommunalwahlen im Herbst 1995. Auch in anderen Städten, wie Stuttgart, Berlin oder Aachen kämpft die SAV gegen Privatisierungen, Großprojekte und Sozialkürzungen der Kommunen.

Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten war und ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für die Rechte von ArbeitnehmerInnen. In vielen Fällen haben wir Belegschaften, die gegen Betriebsabschlüsse oder Entlassungen gekämpft haben, unterstützt. Solidarität organisiert und Kampfvorschläge ausgearbeitet. So hat die Köhler SAV 1996 wochenlang den Kampf der Belegschaft der Traktorenfabrik Deutz-Fahr auf täglicher Grundlage unterstützt und ihnen geholfen einen zehntägigen „wilden“ Streik (d.h. ein Streik, der von unten organisiert wurde) durchzuführen. Wie in Köln, so haben wir auch in verschiedenen Fällen in Berlin Stadtteilinitiativen gegründet, um den Kampf von Belegschaften bekannt zu machen und Solidarität zu organisieren. In Aachen und Köln haben

wir im Mai und Juni diesen Jahres den sechswöchigen Streik der KollegInnen der Bahnbauingenieur AG für menschenwürdige Löhne unterstützt.

Viele SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und setzen sich für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. In der ÖTV beteiligen wir uns aktiv am Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV, einem bundesweiten Zusammenschluß oppositioneller ÖTV-Mitglieder.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Rechte und Interessen der Jugendlichen. Ob bei der großen Studierendenbewegung Ende 1997, bei SchülerInnenstreiks gegen Bildungsabbau oder Jugendprotesten gegen Atomtests – SAV-Mitglieder organisieren und mobilisieren. Zum Beispiel hat die SAV Kassel einen maßgeblichen Anteil an den Jugendstreiks tagen, die dort seit 1995 regelmäßig stattfinden.

Sozialismus heißt das Ziel

Wir sehen unsere Aufgabe aber nicht nur darin, Gegenwehr zu organisieren und zu unterstützen. Wir wollen Bewegungen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen mit politischen Ideen und der Perspektive einer grundlegenden, sozialistischen Veränderung der Gesellschaft bewaffnen. Die Probleme der Menschheit sind nicht im Rahmensystem des kapitalistischen Profitsystems zu lösen. Die tiefe Wirtschaftskrise in Asien ist Vorboten der Entwicklungen, die bald auch Europa und Amerika erreichen werden. Nur eine Gesellschaft, in der nicht nach Profit, sondern den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt produ-

ziert und gehandelt wird, in der die großen Konzerne und Banken entmachtet und in öffentlichen Eigentum überführt sind und die demokratisch von den ArbeitnehmerInnen kontrolliert und verwaltet wird, hat die Chance allen Menschen auf der Welt eine Zukunft zu bieten und die globalen Probleme, wie Umweltzerstörung, Kriege, Rassismus, Frauenunterdrückung zu beheben. Die Idee einer solchen sozialistischen Gesellschaft zu erklären und zu verbreiten hat sich die SAV zur Aufgabe gestellt.

Internationalismus

Die SAV tritt für einen grenzübergreifenden Kampf gegen den internationalen Kapitalismus ein. Deshalb haben wir uns mit sozialistischen Parteien und Organisationen in 35 Ländern auf allen Kontinenten zum Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen. Wir beteiligen uns an internationalen Protestbewegungen, wie zum Beispiel den Eurokräusen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung. Solidaritätskampagnen für die Dattierhaus führen wir viele Aktivitäten, die in anderen Ländern aufgrund ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit verhandelt und unterstützt werden. So haben wir zum Beispiel Kampagnen für den brasilianischen Landlosenführer José Raima oder den Sozialisten und Gewerkschafter Aynur Kurmanow in Kasachstan geführt, die beide inhaftiert sind bzw. waren.

Neue Arbeiterpartei aufbauen

Die SPD ist von der CDU kaum mehr zu unterscheiden. Die Grünen werden zur Öko-FDP. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft, paßt sich immer mehr an und beteiligt sich auf kommunaler Ebene und in Sachsen-Anhalt an Sozialkürzungen. Die einzig mögliche Schlüsselformung, für alle die den Kopf nicht in den Sand stecken wollen, lautet: eine neue Arbeiterpartei muß aufgebaut werden. Werde deshalb Mitglied der SAV und setze Dich aktiv für eine sozialistische Zukunft ein!



Warum ich bei der SAV mitmache

Achim Kistermann, 35, Aachen

Eigentlich war der Schritt kein großer mehr, wieder bei SAV mitzumachen. Ich war vor ein paar Jahren schon mal aktiv dabei, und von daher waren mir Zielsetzung und Programm schon bekannt. Eigentlich habe ich mich auch in der Zwischenzeit mit dem Programm und den Zielen der SAV immer identifiziert.

Nun zur Bundestagswahl ist es bei mir nicht anders gewesen, wie bei anderen auch. Man schaut sich um, und fragt sich, was man selber machen kann, um in diesem System etwas zu ändern und der Unternahmerpolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen etwas entgegenzusetzen. Da stieß ich auf die Wahlplakate der SAV, die in Aachen schon ziemlich früh hingen. Diese Plakate, wie die ganze Wahlkampagne bisher haben mich dann dazu veranlaßt, wieder bei SAV mitzumachen.

Ich bin der Meinung, daß die großen Parteien immer mehr zu Erfüllungseheiflen des Kapitals müttern, und man eine Kraft dagegen setzen muß, die wirklich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Und wer kann diese Arbeiterpartei besser aufbauen, als wir selber. Ich bin nicht mehr bereit, mich von Schröder, Lafontaine, Fischer und Co. belügen zu lassen, und zuzuschauen, wie sie den Unternehmen das Geld hinterherwerfen. Auf der anderen Seite ist es so, daß wir als Familie von 2 Kindern immer mehr Kürzungen in Kauf nehmen müssen, und oft nicht wissen, wie größerer Anschaffungen getätigt werden sollen. Deshalb habe ich mich entschlossen, wieder für meine Zukunft, und die meiner Familie zu kämpfen. Ich fordere deshalb alle, denen es ähnlich wie mir geht, auf, mit an unserer Seite zu kämpfen, denn zum Sturz dieses arbeitfeindlichen Systems wird jede Kraft gebraucht.

Werde Mitglied in der SAV

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstegelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon
Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Berlin

OG Treppow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Alte Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schwereide
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9, Haltestelle Berliner Platz
Infos unter Tel.: (0711) 242442 im SAV-Büro

Aachen

Gemeinsame Treffen aller Ortsgruppen im Wahlkampf. Jeden Mittwoch, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41.
Treffen für Interessierte jeden Samstag, um 15 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Frankfurt/Main

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremenhaven

Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschnloß, Hassteder Osterdeich 230.
Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, Gaststätte „Humboldt-Eck“, Ecke Kanstr./Wiersbergstr., U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

Siegen

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Dresden

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Hamburg

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Sonstige

Saarbrücken: (0681) 8155 67
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale:
Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Karlsruhe, Lübeck, Recklinghausen

Kassel

OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaachthof, Mombachstr. 12

ABONNIERT VORAN

Lest und verkauft die Zeitung für eine neue Arbeiterpartei!

Die Unternehmer und kapitalistischen Politiker haben viele Zeitungen. Ob BILD, FAZ oder BUNTE, ob Spiegel, Handelsblat oder Super Illu - fählich werden tausende Tonnen Papier bedruckt und „Informationen“ auf uns geschüttet. Eines haben diese Zeitungen alle gemeinsam: sie gehören kapitalistischen Konzernen, verbreiten die Stichweisen der Bürgerlichen und verteidigen die existierende Wirtschaftsordnung. Sie sind ein Mittel, um in der arbeitenden Bevölkerung Unterstützung für die Marktwirtschaft zu bekommen. Nicht selten vertreiben sie Lügen oder verschweigen die Wahrheit. Über das Leben der Millionen Arbeitslosen, das Schicksal von AsylbewerberInnen, über Arbeitskampfe und den Widerstand gegen dieses kapitalistische System wird kaum berichtet.

Deshalb brauchen wir eine Zeitung von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen für Jugendliche! VORAN ist seit 25 Jahren eine solche Zeitung. Wir berichten regelmäßig über die Arbeiterbewegung in Deutschland und international. Unsere AutorInnen sind selber aktive TeilnehmerInnen der Gewerkschaftsbewegung, der antifaschistischen Bewegung oder des Kampfes

zeit. Eine sozialistische Zeitung lebt von ihren LeserInnen und AutorInnen. Wir fordern alle auf, uns Berichte über ihre Situation im Betrieb oder im Stadtteil, über Gegenwehr-Aktionen oder einfach nur Eure Meinung zu schicken. Wir rufen alle auf, VORAN weiterzukaufen und Abonnenten zu werben (oder selber

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name Telefon

Adresse

Ausschneiden und einsenden an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

80 Jahre SAV Novemberrevolution Bundesweites Seminar der SAV



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht



Anlässlich des achtzigsten Jahrestages der Novemberrevolution organisiert die SAV ein bundesweites Seminar. Wir wollen die Lehren aus dieser gescheiterten Revolution und aus dem Wirken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ziehen und diskutieren, wie heute ein sozialistisches Programm aussehen kann. Dazu sind alle SAV-Mitglieder und interessierte herzlich eingeladen.

Die Themen:

- ★ Vom Weltkrieg zu den Arbeiter- und Soldatenräten
- ★ Verrat der SPD und Gründung der KPD
- ★ Wer waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht?
- ★ Ein sozialistisches Programm für das nächste Jahrhundert - Diskussion über den Entwurf für ein SAV-Grundsatzprogramm
- ★ Mit Diavortrag und Filmvorführung

Das Seminar findet am 7. und 8. November statt.

Anmeldungen an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. (0221) 134504, Fax (0221) 137280, e-mail SAVBund@aol.com

Broschüren, Buttons, T-Shirts



Internationale Sommerschulung

Ca. 250 SozialistInnen aus 16 europäischen Ländern sowie aus den USA und Kanada traten sich zur diesjährigen Europäischer Sommerschulung des Komitees für eine Arbeiterinternationale. In drei Plenumsdiskussionen und über zehn Kommissionen wurde eine Woche lang über Themen wie die Asienkrise und ihre Auswirkungen auf die Welt, die Bedeutung des kommunistischen Manifestes, Antifaschismus, die Beteiligung von SozialistInnen bei Parlamentswahlen und verschiedene Fragen des Aufbaus des CWI diskutiert. Peter Taaffe, Generalsekretär der Sozialistischen Partei aus Großbritannien (Bild links) sprach über die Geschichte der Linken Opposition gegen den Stalinismus. Von der SAV nahmen 30 Delegierte teil.

Der Kampf ist international

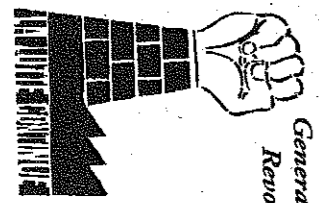
Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5OX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



„Frankreich 68 - Studentenrevolte, Generalstreik, Revolution“. Mai 1968. Der Funke der Studierendenbewegung springt auf die ArbeiterInnen und Arbeiter über. 10 Millionen ArbeiterInnen legen die Arbeit nieder. Betriebe werden besetzt. Frauen, Männer, Jugendliche, RentnerInnen und AusländerInnen diskutieren in jenem Mai über eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und entwickeln Ideen, wie das Leben frei und solidarisch organisiert werden kann. Die alten Machthaber sehen ihr Ende nahen. Für einige Tage liegt die Macht auf der Straße... Von Clare Doyle. Clare Doyle ist Mitglied der Internationalen Führung des Komitees für eine Arbeiterinternationale. Sie hat Frankreich 1968 und viele Male später besucht. Ihr Buch ist eine lebendige Darstellung und eine marxistische Analyse vom Aufstieg und Fall der revolutionären Bewegung. 90 Seiten DIN A 5, 10 DM

Clare Doyle
Frankreich 1968: Studentenrevolte, Generalstreik, Revolution



3 DM
Das Programm der SAV zum Kampf gegen Rechts

Stoppt Nazis und Russisten!

SAV - Sozialisches Alternative

Das SAV-Programm zum Kampf gegen Rechts, 24 Seiten, A 4, 3 DM

3,90 DM
Wahlkampf-T-Shirt in den Größen L und XL, 15 DM, schwarzer Druck auf weißem T-Shirt.

Macht Kohl Arbeitslos



2,90 DM
Für Arbeiterinheit und Sozialismus

Freiheit für Kurdistan

SAV - Sozialisches Alternative

Anstecker: „Gegen Nazis“, 2 DM
Freiheit für Kurdistan - für Arbeiterinheit und Sozialismus, 16 Seiten DIN A 4, 2,50 DM.

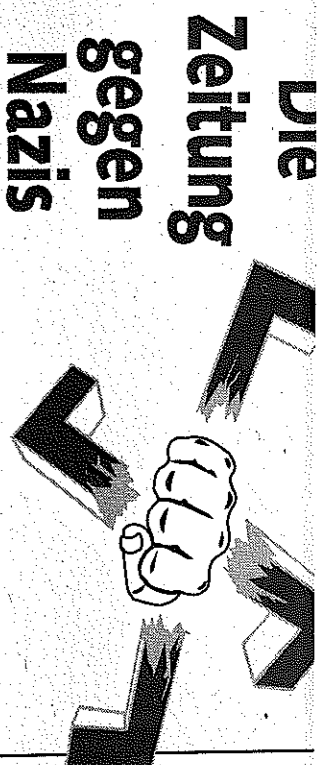
VORAN
Impressum
Überregionale monatliche Monatszeitung - Erscheint seit 1975
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon) 02 21/13 45 04 oder 13 45 04, Fax) 02 21/13 72 80
e-mail: SAVBUND@aol.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-4-30

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 199 August/September 1998

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



STOPPOT NAZIS UND RASSISTEN



Beim Kampf gegen die Nazis können wir uns nicht auf den Staat verlassen. Rechte Aufmärsche können nur durch entschlossene Gegenmobilisierung gestoppt werden.

Die Gefahr von Rechts wächst: 1997 sind die rechts-extremistischen Straftaten um 37 Prozent angestiegen, am 26. April erzielte die faschistische DVU 12,9 Prozent bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, am 1. Mai marschierten 4000 Neonazis der Jungen Nationaldemokraten und andere Faschisten in Leipzig auf.

Die Faschisten müssen gestoppt werden! Ihr Ziel ist es, die demokratischen und sozialen Rechte, die sich die Arbeiterbewegung in Jahrzehnten erkämpft hat, abzuschaffen. Sie sind eine direkte Bedrohung für Nichtdeutsche, Antifaschistinnen, Linke und GewerkschafterInnen.

Das Erstarren der Faschisten ist kein Zufall. Um von der eigenen Verantwortung für die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die für die Mehrheit der Bevölkerung immer bedrückender werden, abzulenken, haben Kohl-Regierung und SPD gezielt AusländerInnen zum Sündenbock gemacht. Die „Asylanflut“, „kriminelle Ausländer“, „Russenmafia“ seien verantwortlich für Wohnungsnot, steigende Sozialausgaben und Arbeitslosigkeit. Das ist Rassismus. Die in Deutschland lebende arbeitende Bevölkerung soll entlang nationaler Linien gespalten werden. Das Prinzip ist alt. Es heißt „Teile und Herrsche“. Diese staatl-

iche und parteipolitische Propaganda hat den Nazis den Boden bereitet. Die geistigen Brandstifter sitzen in Bonn und in den Chefetagen der Konzerne.

Staatlicher Rassismus

Die staatliche AusländerInnenpolitik hat in den letzten Jahren viele der Forderungen von Republikanern und DVU umgesetzt. Das Asylrecht wurde de facto abgeschafft. Die Versorgung von AsylbewerberInnen wurde auf Waren Gutscheine umgestellt. Ausländische Arbeitslose werden bei der Vergabe von Arbeitsplätzen durch die Arbeitsämter diskriminiert. Und die rechten Politiker lassen sich

immer wieder etwas Neues einfallen: in Bayern sollen jetzt die Eltern von straffällig gewordenen Kindern abgeschoben werden, wenn es sich um AusländerInnen handelt. Trotz all dieser Maßnahmen ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen, wird weiter Sozialabbau betrieben. Das beweist: die sozialen Mißstände sind nicht auf die hier lebenden AusländerInnen zurückzuführen. Diese sind im Gegenteil besonders davon betroffen.

Kein Vertrauen in den Staat

Die Nazis sind der verlängerte Arm staatlicher AusländerInnenpolitik. Das ist ein

Grund, weshalb Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind sind. Im Kampf gegen die neuen Nazis können wir uns nicht auf die etablierten Parteien oder den Staat verlassen.

ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und ImmigrantInnen müssen sich den Faschisten in den Weg stellen. Die SAV steht für Mobilisierungen gegen alle faschistischen Aktivitäten, mit dem Ziel, diese zu verhindern. Wir rufen Gewerkschaften, Linke und antifaschistische Parteien und Organisationen auf, ihre Mitglieder gegen Rechts zu mobilisieren. Ziel der Faschisten ist, alle demokratischen Rechte abzuschaffen. Sie selbst dürfen daher diese Rechte nicht bekommen. Die SAV nimmt seit Jahren aktiv am Kampf gegen Rechts teil. 1992 haben SAV-Mitglieder die Initiative zum Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen und waren daran beteiligt, faschistische Versammlungen und Aufmärsche zu verhindern.

Kampf gegen den Kapitalismus

Doch der Kampf gegen Rechts muß auch ein Kampf für sichere Arbeitsplätze für alle, gegen Sozialkürzungen und für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum sein. Dieser Kampf muß gemeinsam von deutschen und nicht-

deutschen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen geführt werden. Er muß gegen die wahren Ursachen unserer Probleme gerichtet sein: die kapitalistische Marktwirtschaft, in der nur der Profit einer kleinen Minderheit von Konzernherren etwas zählt. Der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die

sich konsequent für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung einsetzt und für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpft ist der konsequente Schritt im Kampf gegen Rassismus und Faschismus.

Unsere Forderungen

- ★ Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts für alle Flüchtlinge
- ★ Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebekräste, Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- ★ Bekämpfung der Fluchtursachen statt der Flüchtlinge; Schluß mit Waffenexporten, Entgeltnung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der 3. Welt
- ★ Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- ★ Bezahlbare Wohnungen für alle, Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge
- ★ Kostenlose Sprachkurse für alle Nichtdeutschen
- ★ Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen verbotenen kurdischen Organisationen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahre
- ★ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, Immigrantinnenorganisationen und linke Parteien
- ★ Keine Plattform für Faschisten in den Medien
- ★ Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- ★ Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne
- ★ Für eine linke Opposition gegen EURO und EWU